

Arbeitsmaterialien für Lehrkräfte

Kreative Ideen und Konzepte inkl. fertig ausgearbeiteter Materialien und Kopiervorlagen für einen lehrplangemäßen und innovativen Unterricht

Thema: Sozialkunde/Politik, Ausgabe: 10

Titel: Freiheit kontra Sicherheit - Der gläserne Bundesbürger (42 S.)

Produktinweis zur »Kreativen Ideenbörse Sekundarstufe«

Dieser Beitrag ist Teil einer Print-Ausgabe aus der »Kreativen Ideenbörse Sekundarstufe« der Mediengruppe Oberfranken – Fachverlage GmbH & Co. KG*. Den Verweis auf die jeweilige Originalquelle finden Sie in der Fußzeile des Beitrags.

- ▶ Alle Beiträge dieser Ausgabe finden Sie [hier](#).

Seit über 15 Jahren entwickeln erfahrene Pädagoginnen und Pädagogen kreative Ideen und Konzepte inkl. sofort einsetzbarer Unterrichtsverläufe und Materialien für verschiedene Reihen der Ideenbörse.

- ▶ Informationen zu den Print-Ausgaben finden Sie [hier](#).

* Ausgaben bis zum Jahr 2015 erschienen bei OLZOG Verlag GmbH, München

Beitrag bestellen

- ▶ Klicken Sie auf die Schaltfläche **Dokument bestellen** am oberen Seitenrand.
- ▶ Alternativ finden Sie eine Volltextsuche unter www.eDidact.de/sekundarstufe.

Piktogramme

In den Beiträgen werden – je nach Fachbereich und Thema – unterschiedliche Piktogramme verwendet. Eine Übersicht der verwendeten Piktogramme finden Sie [hier](#).

Nutzungsbedingungen

Die Arbeitsmaterialien dürfen nur persönlich für Ihre eigenen Zwecke genutzt und nicht an Dritte weitergegeben bzw. Dritten zugänglich gemacht werden. Sie sind berechtigt, für Ihren eigenen Bedarf Fotokopien in Klassensatzstärke zu ziehen bzw. Ausdrucke zu erstellen. Jede gewerbliche Weitergabe oder Veröffentlichung der Arbeitsmaterialien ist unzulässig.

- ▶ Die vollständigen Nutzungsbedingungen finden Sie [hier](#).

Haben Sie noch Fragen? Gerne hilft Ihnen unser Kundenservice weiter:

[Kontaktformular](#) | ✉ Mail: service@eDidact.de

✉ Post: Mediengruppe Oberfranken – Fachverlage GmbH & Co. KG
E.-C.-Baumann-Straße 5 | 95326 Kulmbach

☎ Tel.: +49 (0)9221 / 949-204 | 📠 Fax: +49 (0)9221 / 949-377

<http://www.eDidact.de> | <https://www.bildung.mgo-fachverlage.de>

4.4 Freiheit kontra Sicherheit – Der gläserne Bundesbürger

Sarah Jasler / Wolfgang Sinz

Lernziele:

Die Schüler sollen

- sich kritisch mit den Gefährdungen des Rechtsstaates durch die neuen Möglichkeiten der analogen bzw. digitalen Kommunikation auseinandersetzen,
- die Dilemmasituation des Gesetzgebers beurteilen können, in der er zwischen der Wahrung der Grundrechte und dem Schutz der Bürger vor neuen Bedrohungen abwägen muss,
- erkennen, inwieweit sich die Visionen Georg Orwells von 1949 heute bewahrheitet haben,
- sich mit zentralen Begriffen des Datenschutzes beschäftigen,
- den Streit um die Volkszählung aus dem Jahr 1983 bzw. 1987 mit der heutigen Diskussion über die Gefährdungen des Datenschutzes vergleichen,
- Vor- und Nachteile einer Volkszählung kennenlernen,
- erkennen, wie Bürger heute intime Daten bedenkenlos preisgeben und welche Gefahren darin begründet sind,
- die Gefahren des „gläsernen Kunden/Arbeitnehmers“ wahrnehmen,
- dafür sensibilisiert werden, mit den eigenen Daten im Internet sorgsam umzugehen,
- den Inhalt und die Ziele des neuen BKA-Gesetzes analysieren,
- erfahren, dass Datenschutz in der EU unterschiedlich gehandhabt wird,
- in der Lage sein, abzuwägen, inwieweit der Rechtsstaat Grundrechte einschränken darf, um Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat abwehren zu können.

Didaktisch-methodischer Ablauf	Inhalte und Materialien (M)
<p>I. „Big brother is watching you“</p> <p>Als Einstieg in diese Unterrichtseinheit dient ein fiktives Ortsschild der Bundesrepublik Deutschland, das die Schüler zur Stellungnahme herausfordern soll.</p> <p>Im Anschluss daran werden die wesentlichen Merkmale eines Überwachungsstaates Orwell'scher Prägung erarbeitet und diskutiert.</p> <p>Schließlich erarbeiten die Schüler die zentralen Begriffe, die die heutige Diskussion um einen möglichen Überwachungsstaat prägen.</p>	<p>→ Überwachungsstaat Deutschland?/M1 (Grafik)</p> <p>→ Die totale Überwachung/M2 (Zeitungsartikel)</p> <p>→ Deutschland auf dem Weg zum Überwachungsstaat?/M3 (Schaubild)</p>
<p>II. Die Volkszählung von 1983/1987 und der Beginn des Datenschutzes</p> <p>In den Jahren 1983 und 1987, als der Mehrheit der Bevölkerung das Internet und die Massendatenspeicherung noch unbekannt waren, tobte in Westdeutschland der Streit um die geplante Volkszählung. Viele Bundesbürger sahen in den erhobenen Daten einen Eingriff in ihre Grundfreiheiten, und das Bundesverfassungsgericht begründete 1983 mit seinem <i>Volkszäh-</i></p>	<p>→ Der Streit um die Volkszählung 1983/1987/M4 (Titelseiten)</p> <p>→ Volkszählung 1987 – Haushaltsmantelbogen/M5 (Fragebogen)</p> <p>→ Volkszählung 1987 – Personenbogen/M6 (Fragebogen)</p> <p>→ Volkszählungsboykott/M7 (Zeitungsartikel)</p>

<p><i>lungsurteil</i> das „informationelle Selbstbestimmungsrecht“ der Bürger.</p> <p>Dennoch sind die Ergebnisse einer Volkszählung nicht nur für Statistiker von Bedeutung, sondern auch z.B. für eine Anpassung des Sozialsystems, der Infrastruktur und der Städteplanung an die demographische Entwicklung unabdingbar.</p>	<p>→ Gute Politik braucht gute Daten/M8 (Zeitungsartikel) → Lösungen/M9 (Tafelbild)</p>
<p>III. Bedenkenloser Umgang mit persönlichen Daten heute</p> <p>Ohne es zu merken hinterlassen heute immer mehr Internetnutzer ihre persönlichen Daten im Netz, seien es Kreditkartennummern, Daten bei Payback oder persönliche Bilder in Partnerbörsen oder auf You Tube.</p> <p>Viele sind sich der Konsequenzen des sorglosen Umgangs mit ihren Daten nicht bewusst. Ein fiktives Nutzerprofil soll die Menge persönlicher Daten im Netz und die damit verbundenen Gefahren veranschaulichen.</p> <p>Des Weiteren baut die amerikanische Firma Google seit Jahren eine gigantische Datenbank mit Benutzerprofilen auf, die sich weitgehend der staatlichen Kontrolle entzieht. Ein Ausschnitt des Titelblatts der britischen Zeitung <i>Independent</i> sowie ein Auszug aus einer Diskussionsrunde über das „System Google“ sollen dies verdeutlichen.</p> <p>Ein Rollenspiel verdeutlicht die Bedeutung des Datenschutzes und den Wert persönlicher Daten für Banken, Versicherungen, Arbeitgeber oder Headhunter.</p>	<p>→ Wo und wie hinterlasse ich täglich meine persönlichen Daten?/M10 (Farbfolie/Arbeitsblatt) → Lösungen/M11 (Tafelbild)</p> <p>→ Nutzerprofil von Mario S. aus P./M12 (fiktiver Datensatz)</p> <p>→ Google is watching you!/M13 (Titelblatt) → Die Akademie der Künste in Berlin diskutiert „Das System Google“/M14a und b (Diskussionsrunde)</p> <p>→ Der Wert meiner Daten/M15 (Rollenkarten)</p>
<p>IV. Der Gendiagnostiktest</p> <p>Neben den Daten, die der Bürger tagtäglich freiwillig preisgibt, sind heute vor allem Gendiagnostiktests heftig umstritten. Für die einen sind sie ein unerträglicher Eingriff in die Intimsphäre des Bürgers, für die anderen ein Schutz für die Kollegen bzw. den Arbeitnehmer selbst.</p>	<p>→ Datenschutz – Totale Durchleuchtung/M16a und b (Zeitungsartikel) → Lösungen/M17 (Tafelbild)</p>
<p>V. Der Streit um das BKA-Gesetz</p> <p>In Zeiten zunehmender Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Extremismus und Terrorismus wird der Ruf nach einer besseren Überwachung potenzieller Straftäter lauter. Die Bundesregierung reagierte mit dem sogenannten <i>BKA-Gesetz</i>, das dem Bundeskriminalamt neue Kompetenzen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus einräumt.</p>	<p>→ Bundestag verabschiedet BKA-Gesetz/M18 (Artikel und Karikatur) → Presseschau zum BKA-Gesetz/M19 → Lösungen/M20a und b (Tafelbild und Karikaturanalyse)</p>

<p>VI. Überwacht und sicher?</p> <p>Meist ohne dass man es bemerkt, werden heute schon zentrale Orte in Städten, an Flughäfen und Bahnhöfen oder in Geschäften mit Kameras überwacht. Wer wertet diese Daten aus? Wie lange werden die Bilder und Filme gespeichert? Wer hat Zugriff auf dieses Material? Ist die Sicherheit im ÖPNV oder an neuralgischen Punkten höher zu bewerten als der Schutz der Privatsphäre? Aber auch privates Bildmaterial kann unter Umständen missbraucht werden, wie der Fall Skibbe vor Augen führt.</p>	<p>→ Überwachungskameras: Fluch oder Segen?/M21 (Bild) → Öffentliche Überwachung vs. private Datenpreisgabe – zwei Beispielfälle/M22 (Zeitungsartikel)</p>
<p>VII. Der Schutz persönlicher Daten</p> <p>Auf der einen Seite hat jeder Bürger in einem Rechtsstaat das Recht auf den Schutz seiner persönlichen Daten. Denn welche Folgen hätte es, wenn Ermittler durch sogenannte Trojaner Zugriff auf die E-Mail-Korrespondenz oder private PCs erhielten? Was, wenn Telefongespräche unkontrolliert abgehört werden dürften? Unter welchen Voraussetzungen sollte dies – wenn überhaupt – erlaubt sein? Wer würde darüber entscheiden und was würde mit diesen Daten geschehen?</p> <p>Auf der anderen Seite könnten so unter Umständen Verbrechen verhindert oder aufgeklärt werden. V-Leute müssten nicht mehr extremistische Parteien unterwandern, Kinderpornographie könnte effektiver bekämpft und terroristische Planungen im Vorfeld aufgedeckt werden. Mithilfe verschiedener Arbeitsblätter für die Arbeit in Gruppen soll in diese Thematik eingeführt werden.</p>	<p>→ Was könnten Ermittler wo entdecken und mit welchen Folgen?/M23a und b (Arbeitsblatt)</p> <p>→ Möglicher Nutzen von Informationen/M24 (Arbeitsblatt)</p>
<p>VIII. Freiheit kontra Sicherheit</p> <p>Wie weit die Planungen in Richtung eines Überwachungsstaates gehen können, zeigt ein Zeitungsartikel, der die Pläne der britischen Regierung skizziert, mithilfe sogenannter <i>Black Boxes</i> die gesamte Telekommunikation der Bürger zu überwachen.</p> <p>Ein weiterer Zeitungsartikel thematisiert die Tatsache, dass das informationelle Selbstbestimmungsrecht heute mehr denn je gefährdet ist (siehe diverse Datenaffären), verweist aber auch noch einmal auf die Risiken, wenn der Staat untätig bleibt und nicht als Garant eben jenes informationellen Selbstbestimmungsrechts auftritt.</p> <p>Gerade das ist auch eines der Ziele, die die Bundesregierung mit dem elektronischen Reisepass bzw. Personalausweis verfolgt.</p>	<p>→ Britische Regierung will das gesamte Kommunikationsnetz überwachen/M25a und b (Zeitungsartikel) → Lösungen/M26</p> <p>→ Big Brother ist tot. Der Missbrauch lebt/M27a und b (Zeitungsartikel) → Lösungen/M28 (Tafelbild)</p> <p>→ Der elektronische Personalausweis/M29 (Schaubild, Text)</p>

Am Ende der Einheit soll eine Folienvorlage noch einmal die Argumente der Schüler zusammenfassen, die für bzw. gegen eine Ausweitung der Überwachungsmöglichkeiten angeführt werden können.

→ **Freiheit kontra Sicherheit/M30 (Folienvorlage)**

Tipp:

- ! • Schaar, Peter: Das Ende der Privatsphäre: Der Weg in die Überwachungsgesellschaft, Bertelsmann Verlag, Gütersloh 2007
- Sofsky, Wolfgang: Verteidigung des Privaten, C.H. Beck Verlag, München 2007
- <http://www.bfdi.bund.de>: Internetpräsenz des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Anmerkungen zum Thema:

Vor 60 Jahren, am 8. Juni 1949, erschien **George Orwells** Roman „1984“, in dem der britische Autor einen fiktiven Staat Ozeanien beschreibt. Die totale Überwachung seiner Bürger durch eine kleine Machtelite verhindert Aufstände und vernichtet jegliche Privatsphäre. Vorbilder waren die totalitären Regime des Nationalsozialismus und der Sowjetunion.

Was damals als Zukunftsvision galt, ist heute in vielen Bereichen Realität. Die Möglichkeiten der Überwachung des gesamten Kommunikationssystems sind heute technisch realisierbar.

Die Auseinandersetzung um die **Volkszählung** im Jahr 1983 bzw. 1987, in deren Folge das Bundesverfassungsgericht das „**informationelle Selbstbestimmungsrecht**“ des Bürgers begründete, markiert den Beginn des **Datenschutzes** in der Bundesrepublik Deutschland.

Seitdem wird darum gerungen, inwieweit der Staat Daten seiner Bürger erheben darf, um aufgrund dieser statistischen Erhebungen seine Politik effizienter planen zu können.

Im **Zeitalter des Internets**, indem z.B. die Möglichkeit besteht, Bankgeschäfte oder Einkäufe vom heimischen PC aus zu erledigen, kommt auf den Datenschutz eine neue Problemlage zu. Was geschieht mit den gespeicherten Daten? Wer hat Zugriff auf diese Daten? Wie kann der Missbrauch dieser Daten verhindert werden? Schon heute wäre es problemlos möglich, ein beinahe lückenloses **Benutzerprofil** eines Bürgers zu erstellen, wenn die Daten seines Kreditinstituts, seiner Krankenkasse oder seines Arbeitgebers miteinander verschmolzen würden.

Daneben erstellt die **Firma Google** mithilfe ihrer Monopolstellung eine schon heute nicht mehr kontrollierbare Datenbank, in der die Surfgewohnheiten aller Google-Nutzer gespeichert werden. Der Datenschutz bleibt dabei außen vor. Wann hat ein Nutzer der Suchmaschine welche Seiten aufgerufen? Wem hat er über Google-Mail eine E-Mail mit welchem Inhalt geschrieben? Was hat er wo gekauft?

Außerdem wird der Rechtsstaat heute immer mehr durch **Extremismus**, **Fundamentalismus** und **Terrorismus** gefährdet. Auch hier werden die Möglichkeiten moderner Kommunikation genutzt. Mehrmals schon konnten terroristische Anschläge verhindert werden (Bsp. Sauerland-Gruppe). Das neue **BKA-Gesetz** hat zum Ziel, durch die Kompetenzerweiterung des Bundeskriminalamtes Straftaten zu vereiteln oder aufzuklären. Für die einen ist dieses Gesetz eine *Conditio sine qua non* für die **Sicherheit der Bürger** und den Bestand des Rechtsstaats, für die anderen hingegen eine Gefahr für die **Freiheit** der Bürger. Die Politik befindet sich hierbei in einer Dilemmasituation: Die persönlichen Daten der Bundesbürger müssen geschützt werden, gleichzeitig darf dieser Schutz aber nicht von Straftätern missbraucht werden.

